

Bern, 11. Dezember 2014

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Debatte über Ausschaffungsinitiative: Ständerat missachtet Volksentscheid

Nachdem der Nationalrat die Ausschaffungsinitiative noch wortgetreu umsetzen wollte, spricht sich nun der Ständerat für eine modifizierte Version aus. Demnach sollen hier geborene Ausländer (Secondos) in bestimmten Fällen unabhängig des Tatbestandes nicht automatisch ausgewiesen werden können. Dabei ist von einem sogenannten verstärkten privaten Interesse des Betroffenen die Rede. Dieses würde somit je nach situativer Betrachtung der Notwendigkeit einer Ausschaffung vorgezogen. Die Festschreibung einer solchen zusätzlichen Verhältnismässigkeitsklausel ist unnötig und widerspricht dem im Jahr 2010 erfolgten Volksentscheid. Zudem erweitert diese Begründungsmöglichkeit den Spielraum für entsprechende Missbräuche, wonach die Rechtsverantwortlichen letztlich auch zwingende Landesverweise umstürzen würden. Die Schweizer Demokraten (SD) fordern eine Umsetzung der Initiative auf der Basis des ursprünglichen Nationalratsentscheids. Des Weiteren sollte man das Stimmvolk über die Durchsetzungsinitiative befinden lassen.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer